2007-01-09

Stadt Dessau

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	**BV/400/2006/II**
Einreicher:	Dezernentin für Haushalt und Finanzen

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters	nicht öffentlich	24.11.2006				
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege	öffentlich	07.12.2006				
Stadtrat	öffentlich	13.12.2006				

Mitzeichnung:

Dienststelle (Org.-Dezimale)									
Datum									
Unterschrift (Kurzzeichen)									

Titel:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau für das Jahr 2007

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau für das Wirtschaftsjahr 2007 wird beschlossen.

Gesetzliche Grundlagen:	Gemeindeordnung LSA Eigenbetriebsgesetz Eigenbetriebsverordnung Eigenbetriebssatzung
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

Finanzbedarf/Finanzierung:

-

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Dezernent

beschlossen im Stadtrat am:

Dr. Exner Vorsitzender des Stadtrates	Hoffmann Stellvertreter	Semper Stellvertreter

Anlage 1:

Erläuterungen:

Mit der Zustimmung des Bundesrates zum Haushaltsbegleitgesetz 2006 (Mehrwertsteuererhöhung) und zum Steueränderungsgesetz ergeben sich auch Kostensteigerungen, die in der Wirtschaftsplanung des Eigenbetriebes ab 2007 zu berücksichtigen sind.
Der allgemeine Umsatzsteuersatz wird ab 01.01.2007 von 16% auf 19% angehoben und der Regelsatz der Versicherungssteuer steigt von 16% auf 19% des Versicherungsentgelts.

Auf der Grundlage der positiven Betriebsergebnisse der Jahre von 1998 bis 2003 und des Jahres 2005 wurde im Eigenbetrieb Stadtpflege Dessau ein Gewinnvortrag angesammelt, der 2.644,0 T€ per 31.12.2005 beträgt.
Gemäß mittelfristiger Finanzplanung wird er im Bereich Abfallentsorgung zunächst bis zum Jahr 2007 und im Bereich Straßenreinigung bis zum Jahr 2008 zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen und für die jährliche Abführung der Anlagenkapitalverzinsung an den Aufgabenträger eingesetzt werden können.

Für das **Wirtschaftsjahr 2007 wird ein Jahresfehlbetrag von 647,0 T€** prognostiziert.
Durch die Abfallgebührenkalkulation, die den Zeitraum von 2005 bis 2007 erfasst, werden nach einem positiven Jahresergebnis 2005 (+20,4T€) und einem geplanten Jahresverlust 2006 (-408,0T€) im Jahr 2007 ebenfalls planmäßig Verluste in den Bereichen Hausmüllentsorgung (-315,5 T€) und bei den Leistungen, die im Rahmen der Müllpauschale finanziert werden (-478,1 T€), eintreten.

Der **Deponiebetrieb** wird **seit Juni 2005 eingeschränkt** bis zum 15. Juli 2009 fortgeführt. Es dürfen nur noch einige ausgewählte (mineralische) Abfälle auf der Deponie beseitigt werden, wenn eine Verwertung nicht möglich ist.
Die Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Umladestation haben sich durch die stärkere Inanspruchnahme aus dem Gewerbe seit 2006 positiv entwickelt. Daher wird für diesen Bereich ein Kostenstellenergebnis von +161,7 T€ für das Jahr 2007 prognostiziert.
Der Abschnitt Deponie wurde im Jahr 2005 mit dem Abschnitt Werkstatt zum Bereich Technik zusammengeführt und eine Abschnittsleiterstelle eingespart. Durch Altersteilzeitverträge wurde hier bereits die notwendige Personalanpassung an den geringeren Aufgabenumfang erreicht.

Ab 2008 werden die Abfallgebühren neu zu bemessen sein, da dann die Abfallentsorgungsaufgaben auf dem Gebiet von Roßlau vom Eigenbetrieb übernommen werden.
Mit der Fusion der Städte Dessau und Roßlau gehen Verpflichtungen zur Bildung einer Rücklage zur Deponiesanierung anteilig für Deponien in Anhalt-Zerbst (in Zerbst, Klieken, Goltewitz) auf die Stadt Dessau über, weil trotz Schließung der Deponien zum 01.06.2005 noch nicht ausreichend Rücklagen gebildet worden sind.

Im Rahmen der Auseinandersetzungsvereinbarung mit den Landkreisen, die von der bevorstehenden Gebietsreform betroffen sind, wird auf der Grundlage der amtlichen Einwohnerzahlen der Anteil berechnet, den die Stadt Dessau zu zahlen hat. Wegen der Eingemeindung von Rodleben und Brambach wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 bereits 403,5 T€ aus dem gebührenwirksamen Aufwand zurückgestellt.

Für den Zeitraum von 2006 bis 2008 wurde eine neue Straßenreinigungsgebührenkalkulation vom Stadtrat am 14.12.2005 beschlossen. Diese beinhaltet **geringere Ausgaben bei der Straßenreinigung für die Stadt und die Bürger**. Bei der Kehrhäufigkeit wurden Einsparungen vorgenommen. Zugleich wird der Gewinnvortrag aus dem letzten Kalkulationszeitraum zur Kostendeckung im neuen Kalkulationszeitraum genutzt und fließt dadurch an die Gebührenzahler zurück. Daher werden in diesem Bereich 2007 planmäßig Verluste in Höhe von
- 130,7 T€ prognostiziert.

Der Stadtrat hat noch im Jahr 2006 infolge der Mehrwertsteuererhöhung über die erneute Änderung der Gebühren für die Entsorgung dezentraler Abwasseranlagen, die zuletzt mit Wirkung ab 1. August 2005 erhöht wurden, zu entscheiden.
Dann kann der Bereich **Fäkalienentsorgung** bis 2008 mit kostendeckenden Gebühren wirtschaften und die Abführung an den Aufgabenträger sicherstellen.
Bei der Kalkulation wurde berücksichtigt, dass das Entsorgungsvolumen gegenüber den Vorjahren im Gebiet der Stadt Dessau stetig weiter abnehmen wird und dass ab September 2006 in Rodleben und ab 2008 auf dem Gebiet von Roßlau die Fäkalienabfuhr abzusichern ist.

Das **Friedhofswesen** als Einheit aus Friedhofsverwaltung, Krematorium und Friedhofspflege gehört seit 2002 zum Geschäftsbereich des Eigenbetriebes und wurde auf die kaufmännische Buchführung umgestellt.
Die Friedhofsgebühren wurden zuletzt mit Wirkung vom 01.06.2000 geändert.
Neben steigenden Kosten bei in Anspruch zu nehmenden Fremdleistungen und höheren Abschreibungskosten bedingt durch den Neubau der Heißgaskanäle 2004/2005 (Großreparatur am Krematorium infolge des über Jahre fortwährenden Grundwasserschadens) unterliegt der Betrieb von Krematorien seit 2004 der Umsatz- und Körperschaftssteuerpflicht. Dadurch hat sich die Einnahmesituation verschlechtert.
Derzeit wird eine neue Friedhofsgebührenkalkulation zur Beschlussfassung vorbereitet.

Der Abschnitt **Landschaftspflege** des Eigenbetriebes ist durch die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt unter enormen Kostendruck geraten. Die verfügbaren Haushaltsmittel für die Pflege erfordern Kosteneinsparungen, obwohl die zu pflegenden Flächen schon jetzt mit den vorhandenen Kräften nicht mehr zufrieden stellend gepflegt werden können. In diesem Abschnitt sind 2007 nur noch 15,7 VBE-Stellen besetzt.
Aus heutiger Sicht kann für 2007 trotzdem kein ausgeglichenes Kostenstellenergebnis erzielt werden, wenn die Haushaltsansätze für die Grünpflege auf Vorjahresniveau erhalten bleiben.

Der prognostizierte Fehlbetrag der Abteilung für das Jahr 2007 (-60,5 T€) kann jedoch noch aus Gewinnvorträgen der Vorjahre (per 31.12.2005: +90,5 T€) ausgeglichen werden. Im Dezember 2007 geht ein Mitarbeiter dieser Abteilung in Altersrente. Über die Nachbesetzung dieser Stelle wird dann in Abhängigkeit von der Haushaltslage neu zu entscheiden sein.

Die Umsatzerlöse werden sich insgesamt um 484,5 T€ und die sonstigen betrieblichen Erträge um 1.534,6 T€ (Fördermittel für Deponie: 1.348,0 T€) gegenüber dem Vorjahresplan erhöhen.
Die Umsatzzuwächse betreffen vor allem den Bereich Deponie/ Betrieb der Müllumladestation mit einem Zuwachs von 648,2 T€ bedingt durch ein höheres Abfallaufkommen aus dem Gewerbe (ca. 5000 t), das sich bereits im Verlauf des Jahres 2006 abzeichnet.
Das Abfallaufkommen im Bereich Hausmüll wird sinken, da nach wie vor die Einwohnerzahlen rückläufig sind. Im Bereich der Bioabfallentsorgung hingegen wird mit nahezu konstanten Aufkommen gerechnet, entsprechend dem Trend der Vorjahre.

In der Lohnkostenplanung für 2007 sind die tariflichen Lohnerhöhungen berücksichtigt. Die **Personalkosten** werden im Vergleich zum Vorjahresplan um ca. 122,7 T€ abnehmen. Die Stellenübersicht weist für 2007 141,72 Stellen aus, das sind 4,44 Stellen weniger als 2006.

Das **Abschreibungsvolumen** wird sich um 106,4 T€ gegenüber dem Vorjahresplan erhöhen (Parkplatz Ostseite Zentralfriedhof, Erhöhung des Bestandes an Hausmülltonnen für Roßlau)

Die Kosten für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** werden um 125,4 T€ ansteigen.
Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** werden um 909,5 T€ ansteigen vor allem bedingt durch die zusätzlichen Kosten der Verbrennung im Müllheizkraftwerk und durch den Transport nach Magdeburg-Rothensee (+687,7 T€) infolge des um ca. 5.000 t erhöhten Abfallaufkommens aus dem gewerblichen Bereich und wegen der gestiegenen Kosten bei der Verwertung von Altholz (173,4 T€).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** werden insgesamt um 1.438,2 T€ ansteigen. Hier wird u. a. die geplante Inanspruchnahme der Fördermittel für die Deponie (1.348,0 T€) als Aufwandsposition zu den unter der Position „sonstige betriebliche Erträge“ eingestellten Einnahmen aus Fördermitteln saldiert ausgewiesen.
Bei Gas, Fernwärme, Strom, Wasser und Abwasser wird mit Mehrkosten von 57,8 T€ im Vergleich zum Vorjahresplan gerechnet. Der Abfallzweckverband erhält eine Umlage von 10,9 T€.

Im Vergleich zum Vorjahresplan werden die Einnahmen und Ausgaben des Vermögensplanes um 2,9 Mio. EUR ansteigen. Das liegt u. a. darin begründet, dass bedingt durch die Fördermittelzuweisung für die Deponie (1.348 TEUR) die Bautätigkeit im nächsten Jahr verstärkt wird (+ 2,4 Mio. EUR).

Entgegen dem ursprünglichen Fördermittelantrag auf Bereitstellung von EFRE-Mitteln für die Sanierungsfortführung erfolgt die Förderung anstatt mit 60% nur mit 40% der Baukosten. Damit erhöht sich der einzusetzende Eigenanteil für die geplanten Maßnahmen. Geplant sind u.a. der Bau der Oberflächenabdichtungssysteme und der Endausbau der Gasbrunnen in den Baufeldern K und J.
Im Jahr 2007 sind außerdem bereits Investmaßnahmen einzuordnen, die sicherstellen, dass die Abfallentsorgung ab 01.01.2008 auf dem Gebiet der Stadt Roßlau ordnungsgemäß anläuft (Behälterausstattung für graue und grüne Tonnen: 148,5 TEUR).